Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Amt 6 Nr. 1008

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M. durch die Post monatlich 6,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. Einzelnummer 30 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Nonpareillezeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verbindlichkeit zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefaufbewahrung 40 Pf.

Nr. 63 | Dresden, Mittwoch den 16. März 1921 | 32. Jahrg.

180 Milliarden Goldmark

Zwei Jahre nach dem Friedensschluß hat die Reparationskommission der deutschen Regierung die Zusammenstellung der Entschädigungsansprüche der alliierten und assoziierten Staaten übermittelt. Sie betragen nach vorläufiger Umrechnung 180 Milliarden Goldmark. Diese Forderungen sind nicht erhoben auf Grund des Artikels 234 des Friedensvertrages, der die Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit Deutschlands fordert, sondern auf Grund des Artikels 233, der eine solche Berücksichtigung nicht vorsieht.

Die Reparationskommission stellt der deutschen Regierung für die vorgeschriebene Äußerung Fristen von ein bis zwei Wochen. Dabei sind die Unterlagen der Forderung höchst dürftig. Die Fristen von ein bis zwei Wochen sind Ausschlußfristen, d. h. wenn sie nicht eingehalten werden, so verlieren wir den Anspruch, daß die Festsetzung der Reparationskommission erst erfolgen solle, nachdem Deutschland billiges Gehör gegeben worden sei.

•

Die Forderungen, die der Londoner Konferenz zugrunde lagen, beziffern sich ohne Zinsen usw. auf 226 Milliarden, die in 42 Jahresraten gezahlt werden sollten. Der Gegenwert dieser fabelhaften Summe, also der Betrag, der sich nach der Abrechnung der Zinsen, der Amortisation, des Tilgungsfonds usw. ergab, wurde von der deutschen Regierung auf 50 Milliarden errechnet. Auch diese Summe, die selbstverständlich nur auf dem Papier steht und in bar niemals bezahlt werden könnte, ist so hoch, daß die deutsche Delegation im Einverständnis mit dem deutschen Reichstag sie als unerschwinglich bezeichnet und ihre Anerkennung durch Unterschrift abgelehnt hat. Jetzt kommt nun die Reparationskommission mit ihren „Erwägungen", die nach dem Versailler Frieden zu erwarten waren. Sie fordert so ungeheure Summen, daß deren Gegenwert nicht fünfzig, sondern einhundertundachtzig Milliarden Goldmark beträgt! War schon der Paris-Londoner Vorschlag für die deutsche Wirtschaft unerfüllbar, so ist die hier als dreifache Summe schon gar nicht zu tragen, die die Reparationskommission als zu ersetzenden „Schaden" auf Grund des Artikels 231 des Friedensvertrages „festgesetzt" hat. Zugleich mit der Gesamtsumme der deutschen „Schuld" hat sich dem gleichen Artikel der Ausschuß einen Zahlungsplan aufgestellt, der die Höchstgrenzen und die Art vorschreibt, wie Deutschland in einem Zeitraum von 30 Jahren seine Schuld zu tilgen hat. Der Ausschuß soll nach dem Dokument von Versailles der deutschen Regierung „nach Billigkeit Gehör" geben. Das glaubt er zu tun, indem er Fristen bis zu 14 Tagen festsetzt, innerhalb deren die deutsche Regierung sich äußern darf. Wirtschaftsfragen von solcher Tragweite, daß viele Generationen unter ihrem Zwange verkommen werden, sollen in 14 Tagen „nach Billigkeit" erledigt werden.

Die „Fertigung" des Wiedergutmachungsausschusses — die Einzelheiten sind noch nicht bekannt — scheint uns indessen ein rechnerisches Exempel darzustellen, dessen richtige Lösung weder von den Alliierten erwartet noch durch Gewalt herbeigeführt werden kann.

Die Reparationsabgabe und die Pariser Kammer

Gleichzeitig mit dem Londoner Unterhaus hat gestern auch, wie Chamberlain ausdrücklich hervorhob, die französische Kammer über einen Gesetzentwurf beraten, der den Zoll von 50 Prozent auf alle deutschen Waren vorsieht. Zunächst erklärte Briand, daß die Regierung erst am Donnerstag ihre Erklärungen abgeben würde, damit auch diejenigen Mitglieder zugegen sein könnten, die augenblicklich den Präsidenten der Republik auf seiner Reise begleiteten. Es kamen sodann die vorliegenden Interpellationen zur Sprache. Abg. Benesin kritisierte

die 50prozentige Abgabe

vom deutschen Export und nannte es einen unsicheren Zustand, daß Italien, Belgien und Japan in dieser Beziehung nach Belieben verfahren könnten. Deutschland werde diese Umstände benutzen, um seinen Handel nach Rußland zu leiten. Man müsse darauf dringen, daß Deutschland in Rohstoffen und durch seine Arbeit zahle. — Ministerpräsident Briand wies darauf hin, daß Reichsminister Dr. Simons in London einen derartigen Vorschlag gemacht habe, der aber zu unbestimmt gewesen sei, als daß man über ihn mit Erfolg hätte verhandeln können. Ein Abgeordneter des Nordepartements rief dazwischen, in den verwüsteten Gebieten stehe man allgemein der

Verwendung deutscher Arbeiter beim Wiederaufbau

ablehnend gegenüber. Großer Lärm entstand, als der Abg. Marcel Cachin (Komm.) erklärte, wenn Deutschland noch nicht entwaffnet sei, so sei das die Schuld der herrschenden Klassen in Deutschland und Frankreich. Im weiteren Verlauf der Debatte beklagte der

Sozialdemokrat Auriol

die fehlende internationale Solidarität. Die Kosten für das Besatzungsheer und die für die Zollbeamten würden einen großen Teil der deutschen Zolleinnahmen verschlingen. Schon jetzt hätten die 4½ Milliarden Papierfrank für die Besatzungskosten seit dem Waffenstillstand einen großen Teil der deutschen Zahlungen abfordiert. Es sei deshalb zu erwägen, ob die 30 Milliarden für den Wiederaufbau und die Pensionen nicht anderweitig aufgebracht werden könnten. Man müsse ein internationales Wiederaufbauangebot machen, an dem die Geschädigten, die Unternehmer und die Arbeiter beteiligt sein müßten. Die Finanzierung des Unternehmens müsse durch eine internationale Anleihe unter Beteiligung Amerikas erfolgen. Ministerpräsident Briand gab durch Zwischenrufe mehrfach zu erkennen, daß er im einzelnen sowohl auf die Frage des Fortbestandes des Pariser Abkommens wie auf die Verwendung der Zolleinnahmen aus dem deutschen Export zurückkommen werde. Die Debatte wurde auf heute vertagt.

Walter Rathenau über die Wiedergutmachung

Berlin, 15. März. In der heutigen außerordentlichen Generalversammlung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft hat der Vorsitzende Dr. Walter Rathenau eine längere Ansprache gehalten, in der er die Gründe für die Erhöhung des Grundkapitals und die Ausgabe neuer Vorzugsaktien darlegte. Aus dieser Rede seien diejenigen Ausführungen wiedergegeben, die über den Kreis der Aktionäre der A. E. G. hinaus Interesse haben und sich auf die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage beziehen. Sie wissen, wie eng unsere wirtschaftlichen und politischen Schicksale verflochten sind. Wir können sie nicht voneinander trennen. Von jeher habe ich zu denen gehört, die dafür eintraten, daß Deutschland bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zur Wiederherstellung Europas beitragen müsse. Ueber diese Grenze hinauszugehen ist keine Möglichkeit. Daß die Verhandlungen in London gescheitert sind, ist bedauerlich, war aber vorauszusehen. Die Vorbereitungen, die seinerzeit in Brüssel getroffen wurden, waren keine zulänglichen. Es ist in Brüssel nicht die Kernfrage des Problems zur Beratung gekommen, nämlich die Produktionsfähigkeit Deutschlands, basierend auf der Arbeitsstunde und der eigentlichen Leistungsfähigkeit des Landes, die immer nur Arbeit sein kann, sondern es sind in Brüssel erörtert worden Geld, Papier, Anleihe, Steuern. Das war keine geeignete Vorbereitung. Die Folge war, daß man sich in Paris festgelegt hat auf starre Zahlen, ohne der Leistungsfähigkeit des Landes Rechnung zu tragen, weil man sie nicht kannte. Ich glaube, daß ein Ausweg aus diesen Schwierigkeiten sich nur dann ergibt, wenn der ernste Wille besteht, die Leistungsfähigkeit Deutschlands zu ermitteln und Formeln zu finden, die beweglich sind, die nicht durch starre Zahlen ausgedrückt sind, sondern sich an die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens anpassen.

Ich glaube, daß damit Hand in Hand gehen muß die Erkenntnis, daß Leistungen so ungeheurer Art ein internationales Problem bedeuten, und daß nur internationale Operationen imstande sind, diese Aufgabe zu erfüllen. Aber diese Erkenntnis ist noch entfernt. Wir sind von den Repressalien nicht nur bedroht, sondern betroffen. Wir dürfen sie nicht unterschätzen; sie werden schwer auf uns lasten. Wir müssen sie nicht unterschätzen; sie werden schwer auf uns lasten.

Ich glaube, daß mit diesen Operationen gegenüber darauf angewiesen sind, unsere Wirtschaft im Innern zu konsolidieren. Ich wünschte, daß unsere Regierung sich entschlösse, den einzigen Weg zu beschreiten, der noch möglich ist. Dieser Weg besteht in der Einwerbung und Durchführung eines großen und entschiedenen Bauprogramms im Innern, was dazu dient, endgültig unsere Wohnungs- und Raumschwierigkeiten zu beseitigen, und ferner dazu dient, die unproduktive Arbeit des leerlaufenden Apparats in produktive und schöpferische zu verwandeln. Ein Bauprogramm größten Umfangs würde unsre Gesamtwirtschaft wieder ankurbeln. Eine Leitung würde die andre mitziehen. Da würden wir imstande sein, der Gefahr der Arbeitslosigkeit im Innern zu entgehen. Ein solches Bauprogramm wird sich nur durchführen lassen unter umfangreicher Heranziehung des Privatkapitals. Es müßten Erleichterungen gefunden werden, die hier nicht zu erörtern sind, die aber dazu beitragen, das Privatkapital neben dem erforderlichen Staatskapital zu interessieren und zu mobilisieren. Ein Bauprogramm, das sich lediglich auf Staatshilfe stützt, würde versagen. Es ist aber möglich, private Mittel im erforderlichen Umfange heranzuziehen, wenn der Wille vorhanden ist.

•

Walter Rathenau stellt sich in seiner Rede auch auf den von uns vertretenen Standpunkt, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Entente nicht genügend vorbereitet gewesen sind. Die Schuld liegt in erster Reihe bei den führenden Männern der Verbündeten, die alles möglichst getan haben, um ihre Völker in einen Zahlenrausch hineinzureden und deshalb den Weg zu einer vernünftigen Behandlung des Wiedergutmachungsproblems nicht finden können. Die Schuld liegt aber auch auf deutscher Seite, weil man nicht schon längst den Gedanken mehr in den Vordergrund gestellt hat, daß das ganze Zahlenspiel mit Milliarden keinen Sinn hat, solange man sich nicht darüber klar ist, wie diese Zahlungen überhaupt erleistet werden sollen.

Unterschreiben muß man das, was Rathenau über die Notwendigkeit der Konsolidierung unsres Wirtschaftslebens ausgeführt hat. Gerade weil wir damit rechnen müssen, daß uns die Gewaltmaßnahmen der Entente neue schwere Lasten bringen, müssen wir die Arbeitskräfte und Hilfsmittel, über die wir verfügen, so zweckmäßig wie möglich verwenden.

Besonders muß man dem zustimmen, was Rathenau über die Notwendigkeit eines großen Bauprogramms gesagt hat. Die Witterungsverhältnisse würden in diesem Jahre erlauben, daß wir jetzt schon viele tausend Arbeitslose mit dem Bau von Wohnungen beschäftigen und dadurch würde das ganze Wirtschaftsleben belebt werden. Aber wir erleben dasselbe Trauerspiel wie in den vergangenen Jahren. Es kann nicht gebaut werden, weil Parlamente und Behörden, die für die Beschaffung der notwendigen Mittel zu sorgen haben, nicht fertig werden können. Es wird wohl wieder so gehen, wie im vorigen Jahre, wo die Mittel für den Wohnungsbau erst zur Verfügung standen, als es zum Bauen beinahe zu spät war und wir werden wieder in den Winter mit halbfertigen Häusern hineinkommen, die dann bis zum nächsten Frühjahr unbedacht stehen bleiben müssen, obgleich die Wohnungsnot so drückend ist. In welcher Weise Rathenau das Privatkapital bei seinem Bauprogramm berücksichtigt wissen will, läßt sich aus seiner Rede nicht ersehen. Gefordert muß werden, daß die neuerbauten Wohnungen, die ohne öffentliche Hilfe nicht errichtet werden können, möglichst in gemeinwirtschaftlichem Besitz bleiben, oder den zum mindestens erwägen. Privateigentümern solche Beschränkungen auferlegt werden, daß sie weder durch einen Verkauf der Häuser Gewinne erzielen, noch die Mieten über die zur Deckung von Zinsen, Tilgung der Kosten notwendige Höhe hinaus steigern können.

Luftangriff auf Kronstadt

Eigene Drahtmeldung

Tallinn, 15. März. Am 14. März dauerte das Bombardement der Flotte durch Kronstadt an. Sowjet-Flugzeuge werfen Bomben über Kronstadt ab. Das Revolutionskomitee von Kronstadt hebt in einem Aufruf an das gesamte Weltproletariat hervor, daß durch diese barbarische Maßregel das Leben von Frauen und Kindern bedroht werden sei. Der dritte Sturmangriff der Bolschewisten in der Nacht auf Sonntag aus der Richtung von Oranienbaum dauerte 15 Minuten und ist abgewiesen worden. Es wird bestätigt, daß während des zweiten bolschewistischen Angriffs das 6. Sowjetregiment seine Kommissare verhaftet und sich Kronstadt ergeben hat. Die Verpflegungslage Kronstadts ist schwierig. In Anbetracht des Lebensmittelmangels ist schon vom 12. März an eine Herabsetzung der Rationen angeordnet worden.

Ueber die Ereignisse in Rußland teilt der Matin mit, daß Trotzki den General Tuchatschewski seines Amtes enthoben und selbst das Kommando vor Kronstadt übernommen habe.

Am 12. März drangen etwa 60 Bolschewisten in Kronstadt ein, um die Aufständischen zur Einstellung der Feindseligkeiten zu bewegen; sie wurden alle niedergemacht. Am 13. März wurde von den Aufständischen Oranienbaum genommen. Die Verluste der Bolschewisten belaufen sich auf 400 Tote und 1300 Verwundete. Sechs schwere Geschütze und acht Feldgeschütze wurden erbeutet.

Auseinandersetzungen im Kessel-Prozeß

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 16. März. In der heutigen Sitzung des Kessel-Prozesses gab es mehrfach Auseinandersetzungen zwischen dem Vorsitzenden Dr. Leigert, dem Staatsanwalt Gerlach und dem Vertreter Dr. Alsberg. Der Vorsitzende verkündete schließlich, daß das Gericht beschlossen habe, den Angeklagten gegen Stellung einer Kaution von 150 000 Mark auf freien Fuß zu setzen, damit die Durchführung der Verhandlung gewährleistet werde. Der Haftbefehl gegen den Angeklagten wird jedoch nicht aufgehoben. Staatsanwalt Gerlach suchte die von dem Angeklagten gegen den früheren Staatsanwalt und jetzigen preußischen Staatskommissar Dr. Weißmann und gegen den früheren Polizeipräsidenten Eugen Ernst in der gestrigen Sitzung erhobenen Vorwurf, der Polizeipräsident und Weißmann hätten Kessel wiederholt nahegelegt, dem Oberleutnant Marloh zur Flucht zu verhelfen, da der Prozeß über die Erschießung der Matrosen in der Französischen Straße politisch unerwünscht wäre, zu entkräften und beantragte die Zeugenvernehmung der beiden Herren.

Englische Anerkennung der Sowjetregierung

Eigene Drahtmeldung

London, 16. März. Nach langen mühevollen Verhandlungen ist gestern abend der russisch-englische Handelsabkommen abgeschlossen worden. Es bleibt nur noch die Unterzeichnung zu vollziehen. Zu dem Punkt, zu dem eine Einigung nicht zu erzielen war, wurde vereinbart, daß Sowjet-Rußland auf jede Propaganda außerhalb Rußlands verzichtet und England dafür hinsichtlich der inneren russischen Angelegenheiten strikte Neutralität beobachten wird. Das Abkommen wird dem Unterhaus zur Ratifikation vorgelegt werden. Für die Sowjetregierung heißt das einen großen Erfolg dar, denn das Abkommen trägt die offizielle Anerkennung der Sowjetregierung durch England in sich.

Stadtverordnetenwahl in Kopenhagen

Am Dienstag wurden in Kopenhagen die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung vorgenommen. Es wurden 32 Sozialdemokraten, 16 Konservative, 2 Liberale und 4 Radikale gewählt. Die Sozialisten gewannen 3 Mandate, die Konservativen verloren 1. Die Liberalen hatten bei den letzten Wahlen 1917 keine Kandidaten aufgestellt. Die Radikalen verloren 2 Mandate. Die Christlichsozialen, die bisher in der Stadtverordnetenversammlung 2 Sitze hatten, verloren diese bei den letzten Wahlen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210316/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG